

Antrag

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Mittelrheinbrücke als kommunales Infrastrukturprojekt

I. Der Landtag stellt fest:

Im Mittelrheintal wird seit vielen Jahren von den Bürgerinnen und Bürgern und der regionalen Wirtschaft aus den Kreisen Rhein-Lahn und Rhein-Hunsrück ein Bedarf für eine Rheinquerung gesehen, um die Situation auf beiden Seiten des Rheins im Bereich der Gemeinden St. Goar und St. Goarshausen zu verbessern.

Seit Jahren verfolgen die beiden Gemeinden sowie der Rhein-Hunsrück-Kreis und der Rhein-Lahn-Kreis mit Nachdruck die Verwirklichung eines kommunalen Brückenschlags.

In der Koalitionsvereinbarung für die laufende Legislaturperiode ist verabredet, dass das Vorhaben als kommunales Straßenprojekt weiterverfolgt werden soll.

Eine Verkehrsuntersuchung hat im Jahr 2009 ergeben, dass die Brücke überwiegend von örtlichen Verkehren genutzt würde: Von 7000 Kraftfahrzeugen pro Tag entfallen ca. 4000 auf den interkommunalen Verkehr.

Um dem Raum St. Goar/St. Goarshausen eine positive Entwicklungsperspektive zu vermitteln, ist es Ziel der Landesregierung, neben dem Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs, dem Erhalt des Fährbetriebs sowie der Radverkehrsinfrastruktur, auch eine feste Verbindung zwischen den beiden Kommunen weiterzuverfolgen. Mit der Einleitung eines Raumordnungsverfahrens und den vorgeschalteten Untersuchungen könnte der erste entscheidende Schritt jetzt angegangen werden.

II. Der Landtag begrüßt

- die Zusage der Landesregierung bei entsprechend positiven Beschlüssen und Aufträgen aus den Landkreisen mit dem Raumordnungsverfahren zu beginnen – aus dem Rhein-Lahn-Kreis liegt bereits ein entsprechender Beschluss vor;
- den bisherigen Einsatz der Landesregierung, eine gemeinsame Vorgehensweise mit den Landkreisen zu finden.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- weiterhin ihr Angebot in obigem Sinne aufrechtzuerhalten, sodass die für das Raumordnungsverfahren notwendigen Untersuchungen bei Zustimmung aller Beteiligten rasch beauftragt werden können;
- sicherzustellen, dass die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord unmittelbar nach Vorliegen der notwendigen Unterlagen das Raumordnungsverfahren einleiten wird;

b. w.

- an der Realisierung einer kommunalen, walterbeverträglichen Lösung festzuhalten, die keine zusätzlichen Durchgangsverkehre schafft;
- weiterhin das Gespräch mit Ziel einer konsensualen Lösung aufrechtzuerhalten, ungeachtet der unvermutet aufgetretenen unterschiedlichen Bewertungen in den beiden Landkreisen zur Planung einer Brücke;
- baldmöglichst ein regionales Mobilitätskonzept für das Obere Mittelrheintal zu erstellen.

Für die Fraktion der SPD: Für die Fraktion der FDP:
Martin Haller Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer